

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Florian Gerster MdB zum
Darmstädter Tiefflug-Urteil: Li-
mit bei 300 Metern?

Seite 1

Manfred Wagner MdEP zu einer
Initiative der Sozialistischen
Fraktion im Europäischen Par-
lament: Dringlichkeitsantrag ge-
gen Cattenom.

Seite 2

Hans Büchler MdB und Rein-
hold Hiller MdB zur Ablehnung
des SPD-Antrages zur Aufstok-
kung der Zonenrandmittel: Wer
an der Grenze zur DDR lebt,
wird benachteiligt.

Seite 3

Willi Leichtle zu den Erfah-
rungen bei den jüngsten Olym-
pischen Spielen: Doping-Gefahr
rechtzeitig abwenden.

Seite 4

Dokumentation:

Der Vorsitzende der SPD-
Grundwertekommission, Dr. Er-
hard Eppler, sprach kürzlich
auf einem Theorieforum der
SPD in Saarbrücken über die
Zukunft des Fortschritts. Wir
veröffentlichen sein Referat im
Wortlaut. (Teil III und Schluß)

Seite 5

43. Jahrgang / 193

7. Oktober 1988

Tiefflug-Limit 300 Meter?

Zu einem Gerichtsurteil gegen Lärm von militärischem
Tiefflug

Von Florian Gerster MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen
Bundestages

Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat gestern aufgrund von Klagen des Kreises Darmstadt-Dieburg und eines Privatmannes ein interessantes Urteil gefällt: Militärische Tiefflüge mit Strahlflugzeugen dürfen dem Spruch der Kammer zufolge nur in einer Höhe von mehr als 300 Metern erfolgen. Hauptgrund ist die Reduzierung des Lärms; die Notwendigkeit von Tiefflügen unterhalb von 300 Metern sah das Gericht als zweifelhaft an.

Zuvor hat der Innenausschuß des Bundesrates einem Antrag des Landes Rheinland-Pfalz zugestimmt, 300 Meter als Tiefflug-Untergrenze festzusetzen. Dieser Antrag geht auf einen von der SPD Rheinland-Pfalz initiierten und von allen Parteien getragenen Landtagsbeschuß in Mainz zurück. Weiterer wesentlicher Bestandteil der Entscheidung des Bundesrats-Ausschusses ist das Verbot jeglicher Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet sowie die Entwicklung eines Verteidigungskonzepts, das militärischen Tiefflug unnötig macht.

Mit einer Untergrenze von 300 Metern für militärischen Tiefflug wäre auch automatisch die Auflösung der sieben „Areas“ in der Bundesrepublik verbunden, in denen bis zu 75 Meter tief geflogen werden darf.

Wie wird die Bundesregierung, wie werden die Koalitionsparteien im Deutschen Bundestag mit einem Bundesratsbeschuß zum 300 Meter-Limit umgehen? Negieren können sie ihn kaum, ohne Widerstand in den betroffenen Ländern und damit auch in den eigenen Reihen zu provozieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen weitergehenden Antrag zum militärischen Tiefflug eingereicht, den das Parlament in der nächsten Woche beraten wird. Die Linie der Ländervertretung und des Darmstädter Gerichtsurteils wäre als Zwischenlösung denkbar.

(-/7.10.1988/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt
mit dem
Papier



Dringlichkeitsantrag zu Cattenom

Ein Beschluß der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Von Manfred Wagner MdEP

Eine Dringlichkeitsentschließung zur Atomkraftwerkzentrale Cattenom hat die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament eingebracht. Und zwar aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für die Oktober-Plenar-Sitzung in Straßburg beschlossen.

Die Cattenom-Entschließung enthält folgende Kernpunkte:

„Das Europäische Parlament

1. begrüßt ausdrücklich diese wichtige, wegweisende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes und anerkennt ausdrücklich das verantwortungsbewußte, konsequente Handeln der Klageführer, die damit die Durchsetzung des europäischen Rechts ermöglichten;
2. kritisiert die nachlässige Haltung der EG-Kommission, die trotz wiederholter Aufforderung durch mehrere parlamentarische Initiativen (Anfragen, Entschließungen) weder die politische noch die rechtliche Durchsetzung des Artikel 37 EURATOM-Vertrag mit allen zu Gebote stehenden Mitteln betrieben hat;
3. fordert die sofortige Abschaltung der umstrittenen Atomkraftzentrale in Cattenom; gleichzeitig werden die sofortige Einleitung eines neuen Genehmigungsverfahrens im Sinne des Urteils des EuGH, höchstmögliche Sicherheitsauflagen sowie eine betreiberunabhängige Fernüberwachung und eine europäische Kontrolle verlangt;
4. fordert von Kommission und Rat eine unverzügliche Initiative zu einer grundlegenden Reform des EURATOM-Vertrages, insbesondere sofortige Vertragsänderungen mit dem Ziel der Erweiterung gemeinschaftlicher Befugnisse auf dem Gebiet nuklearer Sicherheit, die verbindliche Vorschrift eines wirksamen Nachbarschaftsrechts für Atomkraftwerke in Grenzregionen, wie bereits vom Europäischen Parlament gefordert.“

(-/7.10.1988/vo-he/rs)

* * *

Wer an der Grenze zur DDR lebt, wird von Bonn benachteiligt

Zur Ablehnung des SPD-Antrages zur Aufstockung der Zonenrandmittel

Von Hans Büchler MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im innerdeutschen Ausschuß

und Reinhold Hiller MdB

Obmann im Unterausschuß Zonenrandförderung

Wir stellen mit äußerstem Bedauern fest, daß die jetzige Bundesregierung als erste Regierung in der Nachkriegszeit die Förderung des Zonenrandgebietes massiv abbaut. Der Wegfall der Investitionszulage trifft das Zonenrandgebiet besonders hart, weil die Investitionszulage ja nur den Firmen gegeben worden ist, die durch ihren Absatz außerhalb des Zonenrandgebietes Kaufkraft in das Zonenrandgebiet gebracht haben. Nur durch eine erhöhte Wirtschaftskraft ist es aber möglich, den Abstand zwischen Zonenrandgebiet und den Ballungsräumen abzubauen. Sozialdemokraten versuchten daher mit ihrem Antrag im innerdeutschen Ausschuß, die Zonenrandförderung wieder attraktiver zu machen.

Dieser wurde nun von der CDU/CSU und FDP im Ausschuß abgelehnt.

Der zweite Schlag ist die Erhöhung der Mineralölsteuer. Arbeitnehmer im Zonenrandgebiet pendeln bekanntlich mehr als andere, weshalb auch durch diese Maßnahme die Kaufkraft im Zonenrandgebiet nachhaltig geschwächt wird. Haben wir schon in den letzten Jahren verspürt, daß der Abstand zwischen Zonenrandgebiet und den Ballungsräumen im Lohnniveau wächst, so werden durch die Politik der Bundesregierung erneut erhöhte Belastungen auf marktferne Gebiete zukommen. Anstatt nun bis 1992 zum Beginn des europäischen Binnenmarktes - womit das Zonenrandgebiet ja nochmals weiter in die Randlage gerät - durch verstärkte Förderung vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, schädigt diese Regierung das Zonenrandgebiet extrem und vergißt dabei völlig ihren deutschlandpolitischen Auftrag.

Wir wollten durch Deckungsvorschläge zumindest einiges reparieren, konnten aber nicht verhindern, daß unser Antrag im innerdeutschen Ausschuß des Bundestages abgelehnt wurde. Wir werden weiterhin zur Förderung des Zonenrandgebietes die laufenden Haushaltsberatungen verfolgen und unsere Vorschläge einbringen.

(-7.10.1988/vo-he/rs)

* * *

Doping bereits im Ansatz abwehren

Aus den Erfahrungen bei den Olympischen Spielen sind Konsequenzen zu ziehen

Von Willi Leichtle MdL

Sportpolitischer Sprecher der Bayerischen Landtagsfraktion

Bei den Olympischen Spielen in Seoul häuften sich die Dopingfälle. Kaum ein Tag verging, ohne daß ein Spitzenathlet der verbotenen Einnahme von leistungsbeeinflussenden Medikamenten überführt wurde. Der Deutsche Sportbund, das Nationale Olympische Komitee und die Sportverbände in der Bundesrepublik haben in den vergangenen Jahren zunehmend Maßnahmen ergriffen, um die Einnahme von Doping-Substanzen zu verhindern. Dennoch: Eine wirksame Bekämpfung des Dopings durch regelmäßige Kontrollen und durch Anti-Doping-Initiativen der Sportfachverbände, denen sich auch namhafte Spitzensportler angeschlossen haben, wird durch den in jüngster Zeit angewachsenen „Grauen Markt“ für Dopingmittel in Fitnesszentren und Bodybuilding-Studios erschwert.

In einer Schriftlichen Anfrage an die Bayerische Staatsregierung habe ich gefordert, zu prüfen, wie Doping nach staatlichem und öffentlichem Recht zu beurteilen ist, ob es insbesondere nach ärztlichem sowie nach allgemeinem Strafrecht zu ahnden ist. Gefordert sind insoweit nicht nur die ärztliche Berufsgerichtsbarkeit und die Staatsanwaltschaft, sondern auch die Parlamente. Denn die Entwicklung bedroht das Ethos des Sports und gefährdet die Leistungssportler und zunehmend auch die Benutzer von Fitness-Studios in hohem Maße.

Die Staatsregierung muß darlegen, wie sie den derzeitigen Erkenntnisstand in der Doping-Problematik hinsichtlich langfristiger Folgen beurteilt und ob das Kontrollsystem zur Feststellung von Doping-Vergehen (auch im Training) ausreichend ist. Ich will wissen, welche Handlungsmöglichkeiten die Staatsregierung sieht, um den Mißbrauch fragwürdiger und gefährlicher Substanzen zu verhindern, und ob die Überwachungsfunktion der Gesundheitsämter, die bestehenden Bundesgesetze und die gesetzlichen Regelungen des Freistaates ausreichend sind.

Die Staatsregierung soll Auskunft darüber geben, welche Möglichkeiten sie sieht, den „Grauen Markt“ für Doping-Mittel zu bekämpfen, welche Maßnahmen zur Stärkung des Verantwortungsbewußtseins der Athleten, der Trainer und Funktionäre für einen fairen Sport unter Vermeidung unstatthafter Leistungsbeeinflussung in der Zusammenarbeit mit den Sportorganisationen eingeleitet werden können. Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, will ich schließlich wissen, in Zusammenarbeit mit den Sportverbänden einen „Doping-freien Ehrenkodex“ für Sportler, Funktionäre und Betreuer zu erarbeiten?

Bereits im schulischen Bereich soll Aufklärungsarbeit über die Gefahren einer unphysiologischen Steigerung der Leistungsfähigkeit durchgeführt und Fragen der richtigen Ernährung von Sporttreibenden behandelt werden. Die sportmedizinische Betreuung der bayerischen Nachwuchssportler muß so gestaltet werden, daß von dort Hilfen vermittelt werden, der Verwendung von Doping-Substanzen bereits im Ansatz zu widerstehen.

(-/7.10.1988/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Erhard Eppler: Die Zukunft des Fortschritts

(Teil III und Schluß)

Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Dr. Erhard Eppler, sprach kürzlich auf einem Theorieforum der SPD in Saarbrücken über die Zukunft des Fortschritts. Wir veröffentlichen sein Referat im Wortlaut.

VI.

Fortschritt ist also untrennbar verbunden mit der Steuerung technischer Innovation. Sie kann Fortschritt bewirken, aber auch das Gegenteil. Nur wer die Möglichkeit des Rückschritts und die Tatbestände von Rückschritt ernstnimmt, kann heute noch glaubwürdig von Fortschritt reden.

Wir haben im Irseer Entwurf einiges gesagt über die positiven Kriterien für eine Technik, die wir als Fortschritt verstehen können:

„Auswahl und Gestaltung technischer Neuerung muß sich an den Kriterien orientieren, die auch für ausgewähltes Wachstum gelten: Sie soll Arbeit humanisieren, Gesundheit fördern, die Zahl der Unfälle mindern, pfleglichen Umgang mit Natur, Rohstoffen und Energie ermöglichen. Darüber hinaus soll technische Innovation

- die Ausübung von Grundrechten nicht gefährden, sondern erleichtern und fördern,
- Räume zur Entscheidung über persönliche Lebensführung öffnen oder offenhalten,
- überprüfbar und revidierbar sein, damit Alternativen realisierbar, neue Entwicklungswege gangbar bleiben,
- fehlerfreundlich sein, also nicht den fehlerfreien Menschen verlangen.“

Natürlich gibt es schon heute technische Errungenschaften, die allen diesen Kriterien gerecht werden: vom Telefon über den Kühlschrank bis zum Intercity, von der Buchdruckerkunst über das Fahrrad bis zum Traktor, vom Mikrochip bis zur Solarzelle; es gibt technische Leistungen, die einigen Kriterien entsprechen, anderen nur teilweise oder gar nicht: Der Fernseher und die davon angetriebene Verkabelung, das Motorrad oder das Auto. Dabei wäre es mehr als eine Spielerei sich auszumalen, wie das Auto aussehen müßte, das solchen Kriterien optimal entspräche. Man könnte auch einmal darüber nachdenken, wann bei einem Motorrad das Mißverhältnis zwischen dem relativ geringen Gewicht des Fahrzeugs und der gewaltigen Kraft des Motors dazu führt, daß nur der absolut fehlerfreie Mensch damit ohne Gefährdung von Menschen umgehen kann.

Kriterien allein bewirken wenig, wenn sie nicht ins Bewußtsein einer Mehrheit eingehen. Denn nur dann hat es einen Sinn, über die Instrumente zu ihrer Umsetzung nachzudenken.

VII.

Was mich also interessiert ist der Diskussionsprozeß, der dorthin führt. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Was sie leisten kann, wird deutlich, wenn wir die Zeitverzögerung in den Diskussionsprozessen des Ostens betrachten. Aber in der Energiediskussion haben wir gelernt, daß Meinungsfreiheit nicht ausreicht, wenn die Meinung von Laien vom Urteil der Experten lächerlich gemacht werden kann. Zur Meinungsfreiheit muß die Meinungsarbeitersfreiheit treten.

Wer keine Chance hat, sich eine wissenschaftlich fundierte Meinung zu bilden, zieht in dieser Diskussion notwendig den kürzeren. Es wird also Aufgabe des Staates sein, denen, die am Diskussionsprozeß teilnehmen wollen, also auch den Gruppen, die Alternativen suchen, Zugang zu wissenschaftlicher Information zu verschaffen.

Dabei müssen wir uns freimachen von dem Aberglauben, es gebe die Wissenschaft. Es gibt sehr unterschiedliche Denkformen und Methoden, die alle den (meist berechtigten) Anspruch erheben, wissenschaftlich zu sein. Man kann wissenschaftlich nachweisen, daß ein 26mal gespritzter Apfel nicht weniger wertvoll ist als ein ungespritzter. Aber das kommt auf die Kriterien an, die man an-

legt. Daß die Boskop in meinem Garten besser riechen - ja überhaupt riechen -, daß sie sich besser halten als gespritzte Äpfel, ist dann einfach kein Kriterium. Wissenschaftliche Ergebnisse hängen auch davon ab, was Gegenstand des wissenschaftlichen Interesses ist. Und dies ist - legitimerweise - verschieden. Also brauchen wir die unterschiedlichsten Forschungsansätze, wir brauchen die kontroverse wissenschaftliche Diskussion. Der Schulmedizin täte es nicht gut, wenn sie nicht dauernd angefochten würde durch das, was heute an Homöopathie, Naturheilkunde oder chinesischen Heilmethoden praktiziert wird.

Heute ist in der Öffentlichkeit nichts existent, was nicht durch die Medien transportiert wird. Also wird die Freiheit der Medien in diesem Prozeß von zentraler Bedeutung sein. Freiheit heißt dabei vor allem: Freiheit vom Druck der Interessen und Interessenten. Wenn etwa privates Fernsehen abhängig wird von denen, die Werbespots vergeben oder auch nicht vergeben, läßt sich eine fruchtbare Diskussion dort nicht führen. Daher ist die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zum Politikum erster Ordnung geworden.

Erst in zweiter Linie kommen für mich die Instrumente der Durchsetzung. Im Normalfall werden es neue Rahmenbedingungen für den Markt sein müssen. Wenn zum Beispiel unser Land nicht unter einer immer noch wachsenden Abfall-Lawine begraben werden soll, dann halte ich eine Verpackungssteuer für unerläßlich. Läßt man hier allein den Markt walten, dann werden Verpackungen immer aufwendiger, immer unnötiger, immer schwerer zu besetzen. Das jedenfalls ist unsere Wirklichkeit. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, daß wir uns Autoverkehr im heutigen Umfang und mit dem heutigen Tempo aus verschiedenen Gründen nicht auf Dauer leisten können, muß das Benzin teurer und müssen die öffentlichen Verkehrsmittel billiger werden. Es gibt keine ökologische Erneuerung ohne einen höheren Energiepreis. Wenn der Einsatz von Giften in der Landwirtschaft reduziert werden soll, dann muß der Bauer schon vom Preis her zu sparsamer Verwendung angehalten werden. Dann wird er nicht mehr prophylaktisch spritzen gegen Schädlinge, die vielleicht kommen könnten.

Umgekehrt: Wenn wir feststellen, daß Sonnenenergie, in welcher Form auch immer, unsere Umwelt entlastet, dann muß sie günstigere Rahmenbedingungen bekommen als Kohle oder Atomenergie. Der Markt wird sich rasch auf neue Rahmenbedingungen einstellen.

Aber es gibt auch Fälle, in denen der Gesetzgeber genau sagen muß, was erlaubt ist und was nicht. Dies gilt zum Beispiel für die kaum übersehbaren Möglichkeiten der Gentechnik. Fortschritt kommt also nicht von selbst. Er ist nicht das Ergebnis eines Prozesses, einer Entwicklung, der wir fasziniert zusehen dürften, sondern einer gesellschaftlichen Anstrengung, die wir uns kaum groß genug vorstellen können.

Worüber ich heute nicht geredet habe, ist dies: Natürlich gibt es, unabhängig von Technik oder nur in losem Zusammenhang damit Fortschritt und Rückschritte: etwa in Fragen der Gerechtigkeit bei Steuern oder sozialen Leistungen, in Fragen der Solidarität, wie wir uns zu Behinderten, Kranken oder Ausländern verhalten, in Fragen des politischen Klimas, wo Wichtiges aufgegriffen oder mit Tabus belegt wird, in Fragen der Freiheit, wenn es um die Medienvielfalt geht. Aber bei diesem letzten Beispiel wird schon wieder deutlich, daß es häufig eben doch eine Verbindungslinie zu technischen Innovationen gibt. Denn die Medienvielfalt wird ja auch deshalb von riesigen Medienkonzernen bedroht, weil es inzwischen die technischen Mittel gibt, ihrer Übermacht auch über Fernsehprogramme Geltung zu verschaffen.

Ich weiß, daß über die technik-unabhängigen Aspekte von Fortschritt und Rückschritt sehr viel gründlicher zu reden wäre, als ich dies jetzt tun kann. Ich habe mich auf eine Frage konzentriert, die allerdings wohl nicht nur für mich wichtig ist. Nur: wenn wir über Fortschritt und Rückschritt in der Durchsetzung unserer Grundwerte so umfassend reden würden, wie dies angemessen wäre, würde meine Grundthese nicht relativiert, sondern akzentuiert: Fortschritt ist genauso möglich wie Rückschritt. Was aus all diesen Möglichkeiten Wirklichkeit wird, entscheiden wir. Nicht nur wir, aber auch wir.
(-7.10.1988/vo-he/rs)